

Partialanalyse zur Weltfinanzsystem-Krise



Die „Reise nach Jerusalem“

Dirk Solte



FAW^{Ulm}_{in}

.: Über das FAW/n

MISSION

DURCH VERANTWORTUNG
UND GOVERNANCE ZU
GLOBALER NACHHALTIGKEIT

VISION

FORSCHUNG, INNOVATION
UND TECHNIK FÜR EINE
NACHHALTIGE ZUKUNFT

Das Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n) betreibt Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der anwendungsorientierten Wissensverarbeitung mit Bezug zu Unternehmen und Wirtschaft, Politik, öffentlichen Institutionen und Gesellschaft. Dies geschieht vor dem Hintergrund der Themen Globalisierung, Nachhaltige Entwicklung, Weltbevölkerungsentwicklung, interkultureller Dialog, Umweltschutz, Weltenergiesituation, soziale Fragen, Wertschöpfungsmaximierung, Funktion und Struktur von Märkten, Welthandel, Funktion des Staates, Subsidiarität, Global Governance und dem Weg in die weltweite Informations- und Wissensgesellschaft.

Das Institut fördert die Transformation allgemeiner Erkenntnisse in lokales Handeln und den Transfer der Arbeitsergebnisse in die Praxis.

.: Kontakt

Forschungsinstitut für anwendungsorientierte
Wissensverarbeitung/n (FAW/n)

Lise-Meitner-Straße 9 | 89081 Ulm
Postfach 18 04 | 89008 Ulm

Telefon: +49 731 50 - 39000
Fax: +49 731 50 - 39999

e-Mail: info@faw-neu-ulm.de
web: <http://www.faw-neu-ulm.de>

Die „Reise nach Jerusalem“
Gewinner und Verlierer der Finanzmarktkrise

Dirk Solte*

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: In diesem Text geht es nicht darum, „Schuldige“ der aktuellen Krise des Weltfinanzsystems / der Weltökonomie zu identifizieren und „Gewinner“ als „Abzocker“ darzustellen. Es wird hier auch in keiner Weise die Behauptung „machiavellischer“ Handlungen unterstellt – ganz im Gegenteil. Es geht um die Verdeutlichung „systemischer Probleme“, die ihre Ursache in ungenügenden Regulierungen auf globaler Ebene und in Disharmonien nationaler Regelsetzungen haben. Die Akteure sind derzeit häufig „dazu verleitet oder sogar gezwungen“, das Falsche zu tun, weil das Richtige nicht über Gesetze eingefordert, sondern ganz im Gegenteil – in dem System – bestraft wird.

Um dies deutlich zu machen, werden problematische Wirkungsketten analysiert. Weiter wird aufgezeigt, mit welchen Lösungsansätzen zielführendes politisches Handeln möglich werden kann, um mittelfristig in den Zustand einer „balancierten Welt“ zu kommen. Wenn dieser Weg nicht beschritten wird, steigt die Wahrscheinlichkeit für die Verfestigung einer immer weiter auseinander driftenden „Zwei-Klassen-Welt“, die – weil sie kaum friedensfähig ist – aber auch im Kollaps enden kann. Außerdem zeigt der Text auf, wer gemäß den gegebenen systemischen Wirkungsmustern die Gewinner und wer die Verlierer der Weltfinanzmarktkrise sind bzw. sein werden.

Allein bei den US-Pensionsfonds und Rentenkassen erfolgten in den letzten Monaten der aktuellen Weltfinanzmarkt-Krise bislang ca. 2 Billionen \$ an Wertberichtigungen. Die Abschreibungsbedarfe bei den Sondervermögen (Eigentumsansprüche Dritter unter Verwaltung von Finanzinstitutionen) sind insgesamt weltweit mindestens auf das 5 bis 10fache davon zu schätzen. Da sind die 1,4 Billionen \$, die im Bankenbereich laut IWF insgesamt zu erwarten sind, doch fast so etwas wie "Peanuts". Auf der anderen Seite muss es Gewinner in dieser Größenordnung geben. Wer ist das? Die Profiteure sind diejenigen, die rechtzeitig ihre „verbrieften Geldansprüche“ gegen Zentralbankengeld oder Sachvermögen getauscht haben.

PD Dr. Dirk Solte, Ökonom des BWA – Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft, stellv. Vorstand des Forschungsinstitutes für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW/n), Lise-Meitner-Str. 9, 89081 Ulm, Tel. +49 731 5039-200, Fax +49 731 5039-111, solte@faw-neu-ulm.de

Wenn hochverschuldete Unternehmen zahlungsunfähig werden und verschwinden, dann verschwinden mit ihnen auch die Verbindlichkeiten. D.h. wenn die Eigentümer rechtzeitig die „Werte“ aus einem Unternehmen „sichern“, dann „verlieren“ sie nur die Schulden. Man kennt diese Strategie von den „Heuschrecken“.

Ein Wertverlust bei Renten- und Pensionskassen hingegen trifft direkt die zukünftige Kaufkraft derer, die die entsprechenden Policen besitzen.

Warum musste es zu dieser Situation kommen? Der Hauptgrund ist die weltweite Verschuldung – auch der BRD – die man als das Problem hinter den aktuellen Problemen bezeichnen kann. Die HypoRealEstate (HRE) musste gerettet werden, um die Zahlungsunfähigkeit weiterer großer Finanzinstitute zu verhindern und Auswirkungen auf den Staat gering zu halten.

Exkurs:

Die HypoRealEstate (HRE) besitzt mit ihrer Tochter, der ehemaligen Deutschen Pfandbriefanstalt (DePfa), einen so genannten Staatsfinanzierer, der pikanterweise seinen Sitz in Dublin (Irland) hat. Was macht dieser Staatsfinanzierer? Er gewährt den öffentlichen Händen Kredite, da sich viele Staaten nicht bei den Zentralbanken verschulden dürfen, und finanziert diese über die Herausgabe von Pfandbriefen. Ein Staatsfinanzierer sorgt also für die dringend benötigte Liquidität der öffentlichen Hände und betreibt dabei noch ein „Nebengeschäft“. Er vergibt Kredite an andere Staaten, die nicht ein so gutes Ansehen haben wie beispielsweise Deutschland. Auch solche Kredite kann man „aufhübschen“, so wie Hypothekendarlehen. Wie geht das? Nun, in den Pfandbriefen wird – so wie wir das von der Subprime Krise kennen – eine ganze Menge von Krediten gebündelt und neu verpackt. Diese neu verpackten Pfandbriefe werden dann teilweise auch noch rückversichert, so dass diese Papiere die bestmöglichen Bewertungen haben, sie sind „rückversicherte Wertpapiere“ höchster Bonität. Dadurch kann eine Bank zum Kauf solcher verbrieften Geldansprüche annähernd das 200-fache des eigenen Eigenkapitals an Giralgeld aus dem Nichts generieren. Dieses Geld bekommen die Kredit suchenden Kunden der DePfa. Die Pfandbriefe werden dann sogar noch von der Bundesbank akzeptiert, die Banken können sich im Tausch jederzeit Geld von der Zentralbank dafür leihen.

Kommt es nun bspw. zu einer Abwertung der Pfandbriefe (oder der DePfa bzw. dem Zwischenfinanzierer HypoRealEstate), z. B. weil der Rückversicherer unter Druck gerät, müssen die Banken, die die Pfandbriefe halten, gleich das Doppelte oder Dreifache an Eigenkapital nachweisen oder sie müssen ein entsprechendes Volumen ihrer Pfandbriefe

verkaufen. Nun ist in der derzeitigen Lage der Weltfinanzkrise der Markt ausgetrocknet, es gibt weder Käufer für solche Volumen von Pfandbriefen, noch gibt es entsprechend Eigenkapital. Und die Schuldverschreibungen des Staates, die Tag für Tag hinzukommen, können nicht mehr vom Staatsfinanzierer übernommen werden. Dem Staat droht der Konkurs wegen Zahlungsausfall, wenn er keine anderen Käufer, Kredit gebenden Banken oder öffentliche Sparkassen findet, die noch genügend Eigenkapital haben.

Wenn also die Bundesrepublik allein an dieser Stelle Risiken von fast 27 Mrd. übernimmt, geht sie die Rolle des Rückversicherers (insbesondere der eigenen Entleihungen) ein und hält damit über die eigene Intervention die Bewertung der Pfandbriefe aufrecht, um nicht selber an den Rand der Zahlungsunfähigkeit zu geraten.

Die öffentliche Hand braucht - gerade bei dem inzwischen sehr hohen Schuldenstand von (weltweit) ca. 40 Billionen \$ - günstige Kredite, d. h. die Zinsen müssen niedrig sein. Das ist für die Banken nur dann interessant, wenn sie darüber Zusatzgeschäfte generieren können, denn auf weltweiter Ebene sind die Renditeansprüche gestiegen. Durch solche Zusatzgeschäfte, bei denen riskante Kredite mit öffentlichen Krediten gepaart werden, entstehen neue verbrieft Geldansprüche. Heute gibt es eine Geldblase mit mehr als 50-mal so viel verbrieften Geldansprüchen wie Zentralbankengeld. Neue Kredite können dabei nicht mit gespartem Geld bedient werden, weil die Sparquote dafür schon lange nicht mehr ausreicht. Die Banken müssen deshalb neues Geld schöpfen, um die neu aufgenommenen Kredite bedienen zu können – die Blase wächst weiter. George Soros spricht in diesem Zusammenhang von der „Super-Bubble“. Dass irgendwann einmal keiner mehr diese Geldversprechen als Eigentum halten will, ist offensichtlich. Die Subprime Krise war hierzu lediglich der Auslöser.

Wenn jetzt nicht eine Erhöhung der Einnahmen der öffentlichen Hände gelingt, kommt es entweder zu einer Brasilianisierung der Welt oder letztlich zum wirklichen Kollaps. Aktuell werden nur die Realwerte umverteilt: Von einem „Staats-Weltfinanzmarkt-Segment“, bei dem sich die Bürgerinnen und Bürger selbst ihre Schulden garantieren (die öffentliche Hand bürgt für alle Einlagen), zu einem „Gewinner-Segment“ der Wohlhabenden und ausgewählter „Kapital-Sammelstellen“, die „nach dem Spiel“ alle attraktiven Sachvermögen bei sich halten (das sind im „Spiel der Spiele“ die „Pfänder“, die von den Verlierern an die Gewinner abgegeben werden).

Wie kann man die größten „Spieler“ identifizieren? Sie finden sich unter denen, die bei den „Security Settlement Systemen“ den größten Einfluss haben (insb. bei DTCC/EuroCCP, Euroclear und der kleineren Clearstream, die der Deutschen Börse (71% im Besitz „Institutioneller“ aus USA und GB) gehört. Zusammen haben diese Handelsabwicklungsplattformen mittlerweile weltweit eine marktbeherrschende Stellung! (Buchtipps: „Invasion der Heuschrecken“ von Werner G. Seifert)

Wie hängt nun die Krise mit der zunehmenden Ballung von verwaltetem Vermögen bei nur wenigen "Superakteuren" zusammenhängen? Wenn z.B. 10 große "Spieler" wie Staatsfonds und große Vermögensverwalter (z.B. State Street Global, BNY Mellon, The Vanguard Group, Barclays, ADIA, GIC/TEMASEK, CIC etc) über geschätzte 40 Billionen Dollar verwalteter „Assets“ (insb. verbrieft Geldansprüche) verfügen und nur 10% davon "abziehen", d.h. „Kredit-Geld“ bei Fälligkeit nicht mehr „verlängern“ und den zurückgezahlten Geldbetrag als Zentralbankgeld-Liquidität bei ausgewählten Banken "parken", ist eine Situation wie die jetzige da (denn es gibt weltweit nur ca. 4 Billionen \$ Zentralbankgeld). Viele große Banken und Investmenthäuser haben dann Liquiditätsprobleme, weil die „Hintergrundakteure“ ihre bislang gehaltenen „verbrieften Geldansprüche“, also bislang von ihnen gehaltene Wertpapiere gegen Liquidität abgestoßen haben. Die Folge ist: Es gibt z. Z. fast keine Liquidität (i.S. von Zentralbankgeld) im „normalen“ Geldmarkt, obwohl die Liquidität – als Kassenhaltung – noch im Weltfinanzsystem ist. Es gibt auch keine Interbank-Kredite mehr (da man ja nicht weiß, wer alles „Verlierer“ sein wird). Daher sind die Banken, um Liquidität zu bekommen, zunehmend gezwungen, ihr Vermögen zu verkaufen (dies führt zu einem Verfall der Preise, denn einem zunehmend größeren Angebot, sogenannte „fire-sales“, steht wenig/keine Liquidität=Kaufkraft gegenüber). Diejenigen mit viel Liquidität warten auf die besten Filet-Stücke und greifen dann (zu niedrigen Preisen) zu. Dabei sind monopolartige Strukturen im Finanzsegment besonders attraktiv. Aktuelles Beispiel: Santander übernimmt für 1,4 Mrd. € die Sovereign Bancorp, die über 79 Mrd \$ Vermögenswerte verfügt. Wem gehört die Santander? Ca. 65% halten „Institutionelle Anleger“ wie State Street und andere, teilweise „versteckt“ über sog. „Nominees“. Und „Heuschrecken-Strategien“ sind ja bestens bekannt: Heraustrennen der „interessanten“ Vermögenswerte und „Auffüllen“ mit Fremdkapital.

Was ist das Resultat?

1. Die Realvermögen (die in der Krise weit unter Preis erworben werden) landen im Besitz weniger großer Institutioneller Anleger. Wer wird das sein? Welche verwalteten „Sondervermögen“ werden dann aus Realwerten bestehen? Und welche halten nichts als „Geldversprechen“, d.h. „verbriefte Sicherheiten“, die nichts anderes sind als ungedeckte Schuldverschreibungen?
2. Dieser „Rest“, d.h. die ungedeckten Schuldverschreibungen und Risiken verbleiben „als Wertunterlegung“ der Einlagen der privaten Haushalte in den „verstaatlichten“ Banken und werden von den öffentlichen Händen „garantiert“. Damit steigt der Staat – zumindest in Teilen – als Eigentümer ein und übernimmt so auch noch einen Teil des Verlustrisikos. Das ist die finale Verstaatlichung der Verluste! Zudem halten auch noch viele Versicherungen und Pensionskassen nur noch Geldansprüche in ihrem Besitz.
3. Wenn es in der Folge nicht gelingt, die derzeit (über die Zentralbanken) in den Markt gepumpte Zusatzliquidität „am Ende des Spiels“, d.h. wenn die attraktiven Realvermögen umverteilt sind, sofort wieder „einzuziehen“, kommt es unweigerlich zur Inflation. Dann verlieren die „Geldansprüche“ an Wert (die Kaufkraft des Geldes nimmt ab) und die Realvermögens-Erträge steigen (denn die Waren- und Dienstleistungspreise steigen). Aber selbst ohne Inflation sind Realwerte im Bereich knapper Ressourcen im (Ertrags-)Wert steigend. Es kommt dabei nicht mehr auf den (nominalen), d.h. den am Markt prinzipiell erzielbaren Preis der Realwerte an, denn deren Eigentümer wollen ja gar nicht mehr verkaufen – wozu denn auch? Was soll man mit zunehmend wertloserem Geld machen? Das ist dann als „heiße Kartoffel“ besser bei „den anderen“. Die Vermögen der „Verlierer“ bestehen dann also aus in der Kaufkraft „abgestürztem“ Geld. Das Vermögen der „Gewinner“ dagegen sind die attraktiven Realwerte; attraktiv deshalb, weil sie „Real-Renditen“ zu erwirtschaften erlauben, d.h. Einkünfte werden dabei über Preise erzielt, die der Inflation angepasst werden. Der Cash-Flow dieser Vermögen ist ein Real-Cash-Flow, der die Inflation berücksichtigt.
4. Wenn sich dann noch die Renditen der zehn größten Spieler legal einer angemessenen Besteuerung entziehen, wie das schon lange der Fall ist, ergibt das aktuell folgende Rechnung: Bei ca. 40 Billionen verwalteter „Assets“ und einer angenommenen Durchschnittsrendite von 5% kommt man auf einen Jahresertrag von ca. 2 Billionen \$. Eine hypothetische Steuer von 20%, die gegenwärtig nicht gezahlt wird, wäre 400 Milliarden \$. Der Anteil Deutschlands an der Weltökonomie lag 2007 bei etwa 16,5%.

Die entgangene Steuer für Deutschland läge damit bei fast 25 Milliarden \$ (17,5 Mrd. €), das ist etwas mehr als die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen in diesem Jahr. Sollte dies etwa miteinander zusammenhängen?

Wieso „Reise nach Jerusalem“ als bildhafte Metapher?

Im Weltfinanzsystem gibt es im Wesentlichen zwei Typen von Finanzvermögen. Das eine ist reales Geld (von den Zentralbanken), das andere sind „verbriefte Geldansprüche“ (die Schuldner sind Finanzinstitute, andere Unternehmen, Staaten oder Privatleute). Das Verhältnis beträgt etwa 1:53,5 (oder 2:107), d.h., dass es sehr viel mehr verbrieft Ansprüche als reales Zentralbanken-Geld gibt, welches letztlich das einzige gesetzliche Zahlungsmittel - auch für die Banken untereinander - ist. Wenn die Inhaber dieser „Schuldscheine“ bei Fälligkeit auf einer Auszahlung von Geld bestehen und so „in Liquidität“ gehen, dann kann das bei diesem Missverhältnis einfach nicht mehr funktionieren, wenn diese Liquidität nur bei wenigen Banken „geparkt“ ist und Banken untereinander auch nicht mehr „anschreiben“ (d.h. Interbank-Kredite gewähren). Die Liquidität ist bei diesem „Spiel“ aber nicht weg, sie ist eben nur „woanders“ und „lauert“ dort auf ein lukratives Investment.

Diese Situation kann mit dem Spiel „Reise nach Jerusalem“ verglichen werden, das von 100 Spielern und 7 Gorillas (= Institutionelle Investoren wie State Street Global, BNY Mellon, The Vanguard Group, Barclays, Fidelity, ADIA, GIC/TEMASEK, CIC etc.) ausgeführt wird, die alle um gerade einmal 2 Stühle laufen. Solange die Musik spielt, alle also die verbrieften Geldansprüche akzeptieren, ist alles noch ganz lustig. Sobald die Musik aufhört, gibt es ein böses Erwachen! Hinter den Stühlen verbergen sich aber nicht nur die Zentralbankgelder, sondern alternativ auch die „realen Sachwerte“, um die die Auseinandersetzung inzwischen begonnen hat. Dieser Wettlauf findet aktuell schon statt – auf dem globalen Weltmarkt innerhalb des unregulierten Weltfinanzsystems.

Gerade eine Situation „hoher“ Liquidität bei wenigen und Liquiditätsengpässen bei den anderen sind „optimal“ für eine Realvermögens-Umverteilung „unter Preis“. Um einen Konkurs wegen Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden (Spieler, die keinen „Stuhl“ ergattern konnten), müssen von diesen „normalen“ Mitspielern Sachwerte an die Gorillas, die liquiden Institutionellen Anleger, veräußert werden (der Verlierer muss ein „Pfand“ abgeben).

Eine Analogie findet sich hierzu bei den Privatisierungen, gewissermaßen einer versteckten Staatsverschuldung, bzw. der Verlagerung umlagefinanzierter Gemeinwesenteile zu einer kapitalbasierten Bereitstellung.

Am Beispiel der „Reise nach Jerusalem“ wird deutlich, welche Gefahr davon ausgehen kann, wenn mehr als 50-mal so viele verbrieftete Geldansprüche wie Zentralbankengeld existieren. Die Wahrscheinlichkeit für das Platzen der riesigen Geldblase wird immer größer. Der Prozess hat mit der HRE bereits einen ersten Höhepunkt erreicht, die erste kleine Blase ist schon geplatzt. Neue Kredite können nicht mehr in dem gesamten, für die globale Ökonomie auch notwendigen Volumen mit gespartem Geld bedient werden, weil die Sparquote dafür schon lange nicht mehr ausreicht. Den Banken fällt die Aufgabe zu, „Geld zu schöpfen“, um die aufgenommenen Kredite damit bedienen zu können – die Blase wächst also derzeit unaufhörlich weiter – sogar mit doppelter Geschwindigkeit! So kommt es zur „Super-Bubble“. Gerade aber auch eine in zunehmendem und immer größerem Maße kapitalbasierte Sozialabsicherung erzwingt bei gleichzeitigem demografischem Wandel des heutigen Typs in den „reichen“ Staaten geradezu dieses Wachstum (denn Finanz-Kapital des einen ist immer auch die Schuld eines anderen). Konsequenterweise wird der Anteil der Rendite auf Finanz- und Sachvermögen in Relation zum Gesamteinkommen (BIP) immer größer. Denn ein, dem entgegenwirkendes, noch viel schnelleres Wachstum des BIP als bisher haben wir weder in den letzten 40 Jahren realisiert, noch können wir das notwendige Wachstum erreichen: aus Ressourcen Gründen / Ressourceneffizienz und unter den geltenden Regeln der globalisierten Ökonomie und den fehlenden Grundvoraussetzungen für die Mehrzahl der Menschen auf diesem Globus.

Dass irgendwann einmal keiner mehr die somit immer „leerer“ werdenden Geldversprechen als Eigentum halten will, ist offensichtlich. Die Subprime Krise war hierzu lediglich der Auslöser. Gerade die großen Institutionellen Anleger gehen „in Liquidität“ oder „sichere Anlagen“ und bewirken so die „plötzlichen“ Liquiditätsengpässe bei vielen Finanzinstituten (aber nicht bei allen, denn die Liquidität verschwindet nicht, sie ist nur „woanders“).

Was kann nun passieren, wenn die öffentliche Hand „stützend“ eingreift, wie dies jetzt alle Regierungen machen wollen, d.h. gerade „schlechte Papiere“ (also illiquid gewordene Schuldverschreibungen) aufgekauft oder garantiert werden? Schlechte Schuldverschreibungen (die als Aktiva gehalten werden) erfordern eine Hinterlegung von viel Eigenkapital (auf der

Passivseite der Bilanz). D.h. das eigene Potential zur „Geldschöpfung = Kreditvergabe = verbrieft Kredite“ wird geringer, das Volumen der Aktivseite ist somit begrenzt. Ersetzt man „schlechte“ Aktiva durch „gute“, dann ist bei gleich bleibendem Eigenkapital das Geldschöpfungspotenzial erhöht. Das bedeutet also, mit diesem „neuen Geld“ kann man „auf Einkaufstour“ gehen. Man kauft die momentan teils extrem billig zu habenden interessanten „realen Vermögenswerte“ im Tausch gegen eine Art von „neuem Geld“ (indem man der verkaufenden Seite bei sich eine Einlagengutschrift (=Bankschuldverschreibung)) gibt. Hier bleiben die „Gorillas“ solange als Eigentümer „im Hintergrund“ dabei, wie etwas zu holen ist. Dann ziehen sie sich mit den Realwerten zurück. Wenn dann später die Inflation kommt (weil es mehr und mehr Geld/Geldansprüche gibt), steigen die Bewertungen für das Realvermögen und die darüber zu erzielenden Erträge ebenfalls.

D.h. zunächst geht die „Reise nach Jerusalem“ noch ein bisschen weiter, weil die Musik wieder spielt. Da aber die öffentliche Hand nun noch mehr Schulden aufnimmt, kommt definitiv das Spielende – wegen der Konkursgefahr für die Staaten – näher.

Wer diese Zusammenhänge versteht, der begreift, dass die politischen Versprechen hinsichtlich einer Überwindung der Krise durch die bislang vorliegenden Vorschläge und Maßnahmen bei nüchterner Betrachtung nur eine geringe Erfolgswahrscheinlichkeit haben. Was folgt, ist entweder eine Brasilianisierung der Welt (eine „erfolgreiche“ Umschichtung der attraktiven Realwerte zu wenigen „Gewinnern“ und eine anschließende Inflation durch eine Erhöhung der Gesamtliquidität), möglicherweise aber auch ein Kollaps mit einer Öko-Diktatur, so dass perspektivisch im Jahr 2050 dann einer Milliarde Menschen mit Rechten neun Milliarden ohne Rechte gegenüberstehen. Doch auch innerhalb dieser kleineren Gruppe wird die Konkurrenz dann weiter zunehmen ...

Die öffentlichen Hand ist aktuell gezwungen, Geld in den Finanzsektor zu stecken, weil das System in einer Krise steckt, einer Krise die es auch deshalb in dieser Form gibt, weil die Großbanken, Hedge-Fonds und andere Akteure im „Weltfinanz-Casino“ (teils als „vorgeschobene Vehikel“ der Institutionellen Anleger) zu viele Spekulationen betreiben bzw. betrieben haben. Es ist gerade auch deshalb zu fordern, dass insbesondere die bislang größten Profiteure der unregulierten Finanzmärkte an der Finanzierung der öffentlichen Interventionen beteiligt werden, um dem System die dringend erforderliche Stabilität zurück zu geben.

Zur Lösung des Dilemmas muss die Politik also das wirkliche Problem angehen.

Sie muss auf weltweiter Ebene die Einnahmen der öffentlichen Hände dringend erhöhen und die Weichen für eine mittelfristige Lösung des Problems der fairen Partizipation an Wertschöpfung und Wohlstand stellen.

Wir brauchen dringend Rahmenbedingungen, die sowohl eine regulierende Wirkung erzielen als auch substantielle Verbesserungen hinsichtlich der Harmonisierung von Steuerbemessungsgrundlagen, sowie Beiträge zur Finanzierung der öffentlichen Hände - weltweit - bringen.

Gerade die aktuelle Krise eröffnet dazu eine vielleicht einmalige Chance. So wichtig auch die bislang politisch eingeschlagenen Schritte sein mögen, hilfreich wäre zusätzlich eine möglichst international zwischen den Staaten abgestimmte Abgabe auf Kreditgeld – eine Mehrgeldsteuer (englisch: leverage money tax) zur Finanzierung der staatlichen Interventionen als ein erster, auf das Gesamtproblem abzielender, ergänzender Schritt.

Diese Abgabe würde a) eine wirksame Eingriffsmöglichkeit sein, das eine, oben beschriebene, zentrale Problem der aktuellen Finanzmarktkrise in Angriff zu nehmen, nämlich die übergroße „Geldblase“ in Form „verbriefter Geldansprüche“ in Relation zum Zentralbankengeld (als liquidity of last resort) zu begrenzen. Eine solche Mehrgeldsteuer könnte in ihrer Höhe auch von der Inflation abhängig gemacht werden und so die Kreditgeldschöpfung verteuern, also begrenzend wirken. Zudem würde sie b) noch nach dem Prinzip der Steuergerechtigkeit und Fairness über die Festlegung der Abgabenhöhe entsprechend der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Emittenten (gemäß Rating) gestaltbar sein, wobei ein besseres Rating zu höherer Steuerpflicht führen sollte.

Wenn die Höhe in der beschriebenen Weise vom Rating der „Geldschöpfer“ abhängig gemacht wird, würden besonders auch die Exzesse der gehebelten Spekulationen, die letztendlich auch aktuell für die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit der öffentlichen Hände mit verantwortlich sind, eingedämmt werden. Denn für gehebelte Käufe würde sich die Aufnahme von Krediten verteuern, so dass sich weniger „gehebelte Investments“ rechnen würden.

Zur Stabilisierung in der aktuellen Krise könnte die Mehrgeldsteuer „rückwirkend“ erhoben werden, wozu im Gegenzug eine Gewährleistung der „Papiere“, ggf. auch eine Inflationsabsicherung durch die öffentliche Hand sichergestellt werden könnte. Für das dabei übernommenen „Restrisiko“ (über die gesetzliche Eigenkapitalhaftung gemäß Basel II hinaus) wären geeignete Sachvermögenskomponenten zu einem „fairen Preis“ zu hinterlegen, gerade

auch um den derzeitigen „Ausverkauf“ von Sachvermögen entgegen zu wirken. Die so verfügbar werdende Liquidität müsste allerdings bis zum Erreichen der Stabilität unter Aufsicht gestellt sein, um eine weitergehenden spekulativen Nutzung einzudämmen.

Wenn heute allerdings die notwendigen Vorkehrungen nicht getroffen werden, dann droht eine weitere Zuspitzung, die sich am Treffendsten als gigantische Umverteilung von Vermögenswerten umschreiben lässt. Die Gorillas setzen sich!

Ob sich die Politik dieser Aufgabe stellen wird?

Was sagt der deutsche Finanzminister Steinbrück?

"Wenn es auf den Weltfinanzmärkten brennt, dann muss gelöscht werden. Auch wenn es sich um Brandstiftung handelt. Danach müssen die Brandstifter allerdings anschließend gehindert werden, so was wieder zu machen. Die Brandbeschleuniger müssen verboten werden und es muss für einen besseren Brandschutz gesorgt werden."

So richtig und wichtig diese Aspekte auch sind; das ist definitiv nicht genug!

Man muss auch genau hinschauen, warum der Finanzmarkt austrocknet! Es reicht doch auch nicht aus, einen zunehmend immer trockener werdenden Wald zu schützen, indem man versucht, die Brandstifter davon fern zu halten. Wenn man schon die prinzipielle Möglichkeit zur Bewässerung hat (Steuern und Abgaben), müssen die Bäume (Gemeinwesen und Infrastruktur) regelmäßig mit Wasser versorgt werden. Wir brauchen also heute und zukünftig MEHR Staatseinnahmen (die zunächst ausschließlich zum Abbau von Schulden zu nutzen sind). Diese müssten in einer fairen Weise erbracht werden, weil bisher gerade die ökonomisch leistungsfähigsten Akteure sich teils legal, teils gesetzeswidrig, ihrer „Beitragszahlungen“ teilweise entziehen. Nur so können wir die notwendige Basis für Wertschöpfung und Wohlstand, Bildung, Gesundheit, Sozialsysteme, Infrastrukturen für Kommunikation, Kooperation und Koordination etc. – also im Bild die Bäume – finanzieren. Das „MEHR“ bedeutet dabei aber nur, dass auch die bislang größten Profiteure des globalen Marktes – und einige davon haben sich als Brandstifter betätigt – wieder ihren Beitrag – dem Prinzip der ökonomischen Leistungsfähigkeit folgend – leisten. Dann kann der Mittelstand sogar entlastet

werden – das ist gerade für Deutschland wichtig, einem Land, das vielen mittelständischen und eigentümergeführten Unternehmen seinen Wohlstand verdankt.

Und Abholzen von Bäumen (Reduktion der Staatsausgaben über „Sozial-Dumping“ und Privatisierungen) kann doch auch nicht das sein, was wir wollen. Denn am Ende hätten wir dann eine Wüste (auf ein Minimum reduzierte Sozialsysteme, Bildungssysteme etc. für die Verlierer und damit den größten Teil der Bevölkerung) mit nur wenigen Oasen (die privatisierten Dienste für die Gewinner). Dann hätte man das „Problem“ von dem der deutsche Bundesfinanzminister Peer Steinbrück spricht zwar „gelöst“, denn a) in der Wüste könnte nichts mehr brennen, weil dort nichts mehr da wäre und b) in der Oase wären die Bäume natürlich „voll im Saft“ und würden nicht so schnell brennen, weil es in den Oasen (aber auch nur da) Wasser zum Gießen und Löschen gäbe.

Das Problem hinter den Problemen, die WELTWEITE Verschuldung der öffentlichen Hände müssen die Staatenlenker dringend in Angriff nehmen und in den Griff bekommen. Und mittelfristig muss auch ein Ausgleich der Sozialsysteme/Gemeinwesen stattfinden, d. h. insgesamt muss das Problem einer fairen Partizipation an Wertschöpfung und Wohlstand gelöst werden.

Die derzeitige Umverteilung, die gerade in der jetzigen Krise enorm ist, muss gestoppt werden. Sonst besteht die große Gefahr, dass auch Deutschland mit den vielleicht zukünftig besten Feuerwehren und Feuerwarnsystemen „verwüestet“. Wo werden dann die Oasen sein?

Wann soll man denn, wenn nicht jetzt in dieser „nah-chaotischen“ Situation die Weichen in die richtige Richtung stellen? Das jetzige Notpaket muss als Erstes ergänzt werden um eine international abzustimmende Abgabe auf alle Finanzmarktprodukte, denn gerade auch diese Produkte haben uns den aktuellen Schlamassel eingebrockt. Jetzt sollen sich auch die, die als „systemisch getriebene“, aber letztlich als dieses unfaire Spiel „duldende“ Profiteure zumindest eine Mitverantwortung tragen, da sie ja damit allerbestens gelebt und sich auf Kosten der breiten Gesellschaft bereichert haben, an den „Löscharbeiten“ beteiligen und auch langfristig mit in die Verantwortung gezogen und damit auch finanziell beteiligt werden, damit wir überall saftige Wiesen und Wälder haben, die man nicht mehr so leicht in Brand stecken kann.

Diese Strategie kann in drei Stufen umgesetzt werden:

1. Die deutsche Politik muss ihren aktuellen Notplan ergänzen und die neue Abgabe als Forderung auf Euro-/EU-Ebene fixieren.
2. Der verabredete Europäische Rettungsschirm ist um die Abgabe zu ergänzen und die neue Abgabe ist als Forderung im Rahmen des geplanten „Bretton Woods II“ zu fixieren.
3. Im Rahmen von „Bretton Woods II“ ist eine internationale Absprache über die neue Abgabe kurzfristig zu verhandeln und umzusetzen.



Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n

:: Ein multidisziplinärer Ansatz

Der vom FAW/n verfolgte Ansatz ist multidisziplinär. Er verbindet Insiderwissen hinsichtlich der Rolle von Technik und Innovation mit neuartigen Einsichten bzgl. der Gestaltung von (welt)ökonomischen Prozessen, der Behandlung der Umwelt und Ressourcenfragen und der Gestaltung der sozialen Balance.

Dies gilt sowohl innerhalb als auch zwischen Gesellschaften und zielt auf die adäquate Verankerung dieser Themen in einer zukünftigen Weltordnung. Ein besonderes Anliegen besteht in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Wissen, ferner geht es um die Rolle von Chancengleichheit und die Organisation von Mobilität. Ziel ist eine bessere Gestaltung der Globalisierung und von Global Governance, orientiert an der Leitidee einer nachhaltigen Entwicklung.

Großes Interesse gilt dabei auch den Chancen und Risiken für Demokratie und die Offenheit von Gesellschaften (im Popperschen Sinne) in Zeiten der Globalisierung und des unmittelbaren Aufeinandertreffens unterschiedlicher Kulturen. Daraus werden relevante Handlungsoptionen für Unternehmen, die öffentliche Hand, aber auch für die Menschen als tragende Elemente der Wirtschaft abgeleitet, gerade auch mit Bezug zu Themen wie Global Corporate Responsibility, Sustainability Indices im Bereich von Finanzierungsinstrumenten, Label im internationalen Handel, Rolle von Fair Trade, etc.

:: Stifter



AL-KO Kober AG



BWA-Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft, Deutscher Wirtschaftsverband e.V.



Deutscher Sparkassen Verlag GmbH



Müller Weingarten AG



M+W Zander Holding



Verband der Sparda-Banken e.V.



Stadtsparkasse KölnBonn



UNIQUARE Financial Solutions



Zwick GmbH & Co. KG

:: Netzwerk

Das FAW/n ist als Think Tank und Impulsgeber eng verbunden mit der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und anderen Einrichtungen. Wichtige Partner des FAW/n sind folgende Organisationen:



Global Marshall Plan
balance the world
with an Eco-Social Market Economy



ZUKUNFTSFORSCHUNG UND WISSENSMANAGEMENT

.: Kontakt

Forschungsinstitut für anwendungsorientierte
Wissensverarbeitung/n (FAW/n)

Lise-Meitner-Straße 9 | 89081 Ulm
Postfach 18 04 | 89008 Ulm

Telefon: +49 731 50 - 39000
Fax: +49 731 50 - 39999

e-Mail: info@faw-neu-ulm.de
web: <http://www.faw-neu-ulm.de>

